
FDP-Fraktion im Römer

FDP-FORDERUNG WIRD UMGESETZT

08.05.2017

„Bereits seit Monaten fordern wir Freie Demokraten die Koalition dazu auf, endlich den Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis auf den Weg zu bringen. Nachdem im Bundestag ein entsprechendes Gesetz zur medizinischen Vergabe von Cannabis verabschiedet wurde, wird nun auch die Stadt Frankfurt ein Modellprojekt gemeinsam mit der Goethe-Universität auf den Weg bringen und damit den Antrag der FDP-Römerfraktion umsetzen. Das ist ein wichtiger Meilenstein für viele schwer kranke Patientinnen und Patienten, die auf Cannabis zur Schmerzlinderung angewiesen sind“, erklärt [Yanki Pürsün](#), gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion.

Gesundheitsdezernent Stefan Majer hat heute in einer Pressekonferenz verkündet, dass in Frankfurt alle Voraussetzungen geschaffen werden, damit Patientinnen und Patienten, denen Cannabis als Medizin helfen kann, auch ungehindert Zugang zur Behandlung erhalten. „Dass nun, nachdem unser Antrag zum Thema Cannabis seit Monaten im Gesundheitsausschuss von einer Sitzung zur nächsten geschoben wurde, endlich ein positives Signal vonseiten des Gesundheitsdezernenten kommt, ist schon erstaunlich. Offensichtlich hatte sich die Koalition im Römer bei ihrer endgültigen Meinungsfindung ziemlich schwergetan. Umso erfreulicher ist es, dass Gesundheitsdezernent Majer mit seiner heutigen Pressekonferenz grünes Licht für die seit langem geforderte Realisierung des Modellversuches gegeben hat“, so Pürsün und erklärt weiter: „Dass die Koalition im kommenden Gesundheitsausschuss unserem Antrag nun endlich zustimmen wird, ist eine klare Schlussfolgerung aus der heutigen Pressekonferenz. Besonders hervorzuheben ist, dass Stadtrat Majer dem FDP-Antrag sogar dahingehend folgt, dass der Modellversuch über den medizinischen Aspekt hinausgeht und auch eine Dunkelfeldanalyse vorgenommen wird, die zeigen soll, wie viele Menschen – ohne ärztliche Diagnose – Cannabis auf dem Schwarzmarkt kaufen, selbst anbauen oder sogenannte „legal highs“ als Ersatz nehmen. Durch die Legalisierung von Cannabis für Erwachsene würde der

illegale Cannabishandel trockengelegt und die Justiz hätte mehr Kapazitäten frei zur Verbesserung der Sicherheitslage in dieser Stadt. Dass mit der Legalisierung auch eine verstärkte Präventionsarbeit einhergehen muss, ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich“.